

Abkommen
zwischen
der Österreichischen Bundesregierung und
der Regierung der Republik Lettland
betreffend
die polizeiliche Zusammenarbeit

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Lettland,

nachstehend als die Vertragsparteien bezeichnet,

getragen von dem Wunsch nach der Entwicklung und Festigung von freundschaftlichen Beziehungen und der gegenseitigen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten,

beunruhigt durch die Ausbreitung der organisierten Kriminalität und der illegalen Migration,

überzeugt von der wesentlichen Bedeutung der Zusammenarbeit bei der wirksamen Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität,

geleitet vom Prinzip der Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Vorteils und

nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsordnung der beiden Staaten

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Bereiche und Ziel der Zusammenarbeit

- (1) Die Vertragsparteien werden nach Maßgabe ihres jeweiligen nationalen Rechts durch ihre zuständigen Behörden bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie bei der Vorbeugung und Aufklärung von strafbaren Handlungen einschließlich organisierter Kriminalität zusammenarbeiten.

(2) Diese Zusammenarbeit erstreckt sich insbesondere auf folgende Bereiche:

1. Straftaten gegen Leben und Gesundheit (die körperliche Unversehrtheit) von Personen;
2. Terrorismus;
3. illegale Migration, Schlepperei und Menschenhandel;
4. die Herstellung und Verbreitung von kinderpornographischem Material;
5. die illegale Produktion, den illegalen Handel und den Schmuggel von Waffen, Munition und Sprengstoffen sowie von nuklearen und radioaktiven Substanzen;
6. den Diebstahl von Kunstgegenständen, Kraftfahrzeugen und sonstigen Gütern von erheblichen Wert und den illegalen Handel damit;
7. die Fälschung von Geld und anderen Zahlungsmitteln sowie von Wertpapieren und Dokumenten und deren Inverkehrbringung;
8. die Wirtschaftskriminalität und Geldwäsche;
9. die illegale Produktion, die Einfuhr, die Ausfuhr, den illegalen Transport von und den Verkehr mit Suchtgiften, psychotropen Stoffen und Vorläuferstoffen;
10. die Computerkriminalität.

Artikel 2

Formen der Zusammenarbeit

(1) Die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien erfolgt nach Maßgabe ihres jeweiligen nationalen Rechtes und umfasst insbesondere

1. die gegenseitige Information über Umstände, deren Kenntnis zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für die Vorbeugung und die Aufklärung von gerichtlich strafbaren Handlungen beitragen kann;
2. den Austausch von Erfahrungen über die Anwendung von Rechtsvorschriften, über die Kriminalitätsvorbeugung sowie über angewendete Methoden, Mittel und Techniken der Kriminalistik;
3. den Austausch von Erfahrungen in bestimmten Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung und die Abhaltung von Expertentreffen;
4. die abgestimmte Durchführung von polizeilichen Maßnahmen der zuständigen Behörden der Vertragsparteien auf ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie zur Vorbeugung und Aufklärung von gerichtlich strafbaren Handlungen einschließlich der Anwendung des Verfahrens der kontrollierten Lieferung;
5. die Gestattung der Anwesenheit von Bediensteten der zuständigen Behörden einer Vertragspartei bei offenen Befragungen und Observationen durch Bedienstete der anderen Vertragspartei;
6. die Fahndung nach Personen und Sachen, die Personenfeststellung und die Identifizierung von unbekanntem Leichen;

- (2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterstützen einander auf Ersuchen.
- (3) Informationen nach Absatz 1 Ziffern 1, 2 und 3 teilt die zuständige Behörde jeder Vertragspartei nach Maßgabe ihres nationalen Rechts der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei auch ohne Ersuchen mit, wenn sie für die andere Vertragspartei für die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder die Vorbeugung und Aufklärung von Straftaten von Bedeutung sein können. Die Vertragsparteien unterstützen einander hiedurch insbesondere dann, wenn im Staatsgebiet einer Vertragspartei eine Straftat vorbereitet oder begangen wird und Anzeichen dafür bestehen, dass dies Auswirkungen auf dem Staatsgebiet der anderen Vertragspartei haben könnte.

Artikel 3

Zuständige Behörden

- (1) Die Vertragsparteien informieren einander über jene Behörden, die nach ihrem jeweiligen nationalen Recht für die Zusammenarbeit im Sinne dieses Abkommens zuständig sind. Sie teilen einander weiters eintretende Änderungen der Zuständigkeit oder der Bezeichnung dieser Behörden mit.
- (2) Der Informationsaustausch zwischen den Vertragsparteien im Rahmen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation IKPO – Interpol kann durch direkte Kontakte zwischen den zuständigen Fachdienststellen ergänzt werden.
- (3) Die Durchführung der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien kann auch über Verbindungsbeamte erfolgen. Der Verbindungsbeamte führt Informations- und Beratungstätigkeiten aus und verfügt über keine Exekutivbefugnisse. Die Aufgaben des Verbindungsbeamten werden von den zuständigen Behörden nach Maßgabe des nationalen Rechts festgelegt.

Artikel 4

Besondere Formen der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung

Im Bereich der Zusammenarbeit nach Artikel 1 Absatz 2 Ziffer 2 werden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien insbesondere Informationen und Ermittlungsergebnisse über geplante und getätigte terroristische Akte, über Handlungsmethoden der Täter und die verwendeten technischen Hilfsmittel, über terroristische Vereinigungen, die Straftaten gegen gewichtige Staatsinteressen einer der Vertragsparteien planen beziehungsweise begehen, austauschen.

Artikel 5

Besondere Formen der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Migration

Im Bereich der Zusammenarbeit nach Artikel 1 Absatz 2 Ziffer 3 werden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien einander insbesondere Informationen über Methoden und Wege der organisierten illegalen Migration und Informationen, die die Kontrolle der Echtheit von Reisedokumenten und Sichtvermerken ermöglichen, übermitteln sowie Mustere Exemplare von Reisedokumenten und Sichtvermerken austauschen.

Artikel 6

Besondere Formen der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität

Im Bereich der Zusammenarbeit nach Artikel 1 Absatz 2 Ziffer 9 werden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien einander insbesondere Informationen übermitteln über Orte und Methoden der illegalen Produktion und Lagerung von Suchtgiften, psychotropen Stoffen und Vorläuferstoffen, über eingesetzte Transportmittel und Bestimmungsorte. Sie werden einander Probemuster von neuen Suchtgiften, psychotropen Stoffen und Vorläuferstoffen zur Verfügung stellen.

Artikel 7

Schutz personenbezogener Daten

Die wechselseitige Übermittlung personenbezogener Daten zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien erfolgt unter Beachtung der von der übermittelnden Behörde erteilten Auflagen und folgender Grundsätze, welche gleichermaßen auf automationsunterstützt und nicht automationsunterstützt verarbeitete Daten Anwendung finden:

1. Die übermittelten Daten dürfen ohne Zustimmung der übermittelnden Behörden zu keinen anderen als den der Übermittlung zugrunde liegenden Zwecken verwendet werden;
2. Die übermittelten Daten sind zu löschen bzw. richtig zu stellen, sobald
 - a) sich die Unrichtigkeit der Daten ergibt, oder
 - b) die übermittelnde Behörde mitteilt, dass die Daten rechtswidrig ermittelt oder übermittelt worden sind, oder
 - c) die Daten nicht mehr zur Erfüllung der für die Übermittlung

maßgeblichen behördlichen Aufgabe benötigt werden, es sei denn, dass eine ausdrückliche Ermächtigung besteht, die übermittelten Daten zu anderen Zwecken zu verwenden;

3. Auf Ersuchen der zuständigen übermittelnden Behörde erteilt die empfangende Behörde Auskunft über die Verwendung der empfangenen Daten;
4. Die zuständige übermittelnde Behörde stellt die Richtigkeit und Aktualität der übermittelten Daten sicher. Zeigt sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind oder dass rechtmäßig übermittelte Daten gemäß den Rechtsvorschriften des Staates der übermittelnden Behörde zu einem späteren Zeitpunkt zu löschen sind, so wird die empfangende Behörde darüber unverzüglich informiert, um ihrerseits die erforderliche Löschung oder Richtigstellung gemäß Ziffer 2 durchzuführen;
5. Hat die empfangende Behörde Grund zur Annahme, dass übermittelte Daten unrichtig sind oder zu löschen wären, so unterrichtet sie die übermittelnde Behörde unverzüglich hierüber;
6. Die empfangende Behörde ist verpflichtet, die erhaltenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderungen und unbefugte Bekanntgabe zu schützen;
7. Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von Daten aktenkundig zu machen oder zu protokollieren;
8. Die betroffenen Personen haben in Übereinstimmung mit den einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften das Recht auf Auskunft über die im Rahmen dieses Abkommens übermittelten sie betreffenden Daten, sowie auf Richtigstellung beziehungsweise Löschung dieser Daten in Fällen gemäß Ziffer 2 oder auf die Überprüfung dieser Daten. Im Falle eines Ansuchens auf Geltendmachung dieses Rechtes gibt die Behörde, die über die Daten verfügt, der übermittelnden Behörde Gelegenheit zur Stellungnahme, bevor eine Entscheidung über das Ansuchen getroffen wird.

Artikel 8

Konsultationen

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können bei Bedarf Konsultationen abhalten, um Maßnahmen der Durchführung dieses Abkommens zu erörtern.

Artikel 9

Ausnahmeregelung

Wenn eine der Vertragsparteien der Ansicht ist, dass die Erledigung eines Ersuchens oder eine andere Art der Zusammenarbeit geeignet sind, die Souveränität ihres Staates zu beeinträchtigen, seine Sicherheit oder andere wesentlichen Interessen zu gefährden oder gegen Grundsätze seiner Rechtsordnung zu verstoßen, so kann sie die Zusammenarbeit ganz oder teilweise ablehnen oder sie von der Erfüllung von bestimmten Bedingungen abhängig machen.

Artikel 10

Verhältnis zu anderen Regelungen

Die Bestimmungen dieses Abkommens berühren nicht die Verpflichtungen der Vertragsparteien, die sich aus anderen zweiseitigen und mehrseitigen internationalen Verträgen ergeben.

Artikel 11

Auslegung des Abkommens

- (1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung des vorliegenden Abkommens werden im Weg von direkten Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsparteien entschieden.
- (2) Sollte im Weg der Verhandlungen nach Absatz 1 eine Einigung nicht erzielt werden, wird die Angelegenheit auf diplomatischem Weg einer Entscheidung zugeführt.

Artikel 12

In-Kraft-Treten und Kündigung

- (1) Dieses Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monates in Kraft, der auf den Monat seiner Unterzeichnung folgt.
- (2) Das vorliegende Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Es bleibt in Kraft, solange es nicht von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist gekündigt wird.

- (3) Mit dem In-Kraft-Treten dieses Abkommens wird die Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und dem Ministerium für Inneres der Republik Lettland über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität, des internationalen illegalen Suchtgifthandels und des internationalen Terrorismus vom 16. Juli 1997 aufgehoben.

Geschehen zu Riga am 20. Jänner 2004 in zwei Urschriften jeweils in deutscher und lettischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

**Für die Österreichische
Bundesregierung:**

Strasser

**Für die Regierung
der Republik Lettland:**

Gulbis

**Austrijas Federālās valdības
un
Latvijas Republikas valdības
līgums
par policijas sadarbību**

Austrijas Federālā valdība un Latvijas Republikas valdība, turpmāk tekstā sauktas par Līgumslēdzējām Pusēm,

vēloties attīstīt un nostiprināt draudzīgās attiecības un savstarpējo sadarbību starp abām valstīm,

bažās par organizētās noziedzības un nelegālās migrācijas izplatīšanos,

būdamas pārliecinātas par sadarbības būtisko nozīmi noziedzības iedarbīgā novēršanā un apkarošanā,

vadoties no savstarpējas sadarbības un abpusēja izdevīguma principa un

saskaņā ar abu valstu attiecīgajiem normatīvajiem aktiem

ir vienojušās par sekojošo:

**1.pants
Sadarbības jomas un mērķis**

- (1) Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes, atbilstoši attiecīgajiem nacionālajiem normatīvajiem aktiem, sadarbosies draudu novēršanā sabiedriskajai drošībai un kārtībai, kā arī sodāmu rīcību novēršanā un izmeklēšanā, ieskaitot organizēto noziedzību.
- (2) Šī sadarbība īpaši attiecas uz šādām jomām:
 1. noziedzīgi nodarījumi, kas apdraud personu dzīvību un veselību (miesas bojājumi);

2. terorisms;
3. nelegālā migrācija, cilvēku kontrabanda un cilvēku tirdzniecība;
4. bērnu pornogrāfijas materiālu izgatavošana un izplatīšana;
5. ieroču, munīcijas un sprāgstvielu, kā arī kodolvielu un radioaktīvo vielu nelegāla ražošana, nelegāla tirdzniecība un kontrabanda;
6. mākslas priekšmetu, transportlīdzekļu un citu priekšmetu, ar ievērojamu vērtību, zādzība un to nelegāla tirdzniecība;
7. naudas un citu maksāšanas līdzekļu, kā arī vērtspapīru un dokumentu viltošana un to ieviešana aprītē;
8. ekonomiskie noziedzīgie nodarījumi un nelikumīgi iegūtu naudas līdzekļu legalizācija;
9. narkotisko, psihotropo vielu un to izejvielu nelegāla izgatavošana, ieviešana, izvešana, nelegāls transports un tirdzniecība;
10. datornoziedzumi.

2.pants

Sadarbības formas

- (1) Līgumslēdzēju Pušu atbildīgo iestāžu sadarbība notiek saskaņā ar spēkā esošajiem nacionālajiem normatīvajiem aktiem un īpaši ietver:
 1. informācijas apmaiņu par apstākļiem, kuru zināšana varētu veicināt draudu novēršanu sabiedriskajai drošībai un kārtībai, kā arī tiesiski sodāmu darbību novēršanu un izmeklēšanu;
 2. pieredzes apmaiņu par tiesību normu piemērošanu, noziedzības novēršanu, kā arī par pielietotajām kriminālistikas metodēm, līdzekļiem un tehnikām;
 3. pieredzes apmaiņu noteiktās noziedzības apkarošanas jomās un ekspertu tikšanās organizēšanu;
 4. Līgumslēdzēju Pušu atbildīgo iestāžu saskaņotu policijas pasākumu veikšanu attiecīgajā valsts teritorijā draudu novēršanai sabiedriskajai drošībai un kārtībai, kā arī tiesiski sodāmu darbību novēršanā un izmeklēšanā, ieskaitot kontrolētā transporta procedūras piemērošanu;
 5. vienas Līgumslēdzējas Puses atbildīgo iestāžu darbinieku klātbūtni atklātās aptaujās un novērošanā, ko veic otras Līgumslēdzējas Puses darbinieki;
 6. personu un lietu meklēšanu, personības noskaidrošanu un nenoskaidrotu līķu identifikāciju.

- (2) Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes sniedz viena otrai palīdzību pēc pieprasījuma.
- (3) Pirmās daļas 1., 2. un 3.punktā minēto informāciju katras Līgumslēdzējas Puses atbildīgās iestādes, atbilstoši viņu nacionālajiem normatīvajiem aktiem, otras Līgumslēdzējas Puses atbildīgajām iestādēm sniedz arī bez pieprasījuma, ja otrai Līgumslēdzējai Pusei tā varētu būt nozīmīga draudu novēršanai sabiedriskajai drošībai un kārtībai, kā arī tiesiski sodāmu darbību novēršanā un izmeklēšanā. Līgumslēdzējas Puses īpaši atbalsta viena otru tajos gadījumos, kad vienas Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā tiek gatavots vai ir veikts noziedzīgs nodarījums un pastāv norādes, ka tam varētu būt sekas otras Līgumslēdzējas Puses valsts teritorijā.

3.pants **Atbildīgās iestādes**

- (1) Līgumslēdzējas Puses informē viena otru par tām iestādēm, kas, atbilstoši viņu attiecīgajiem nacionālajiem normatīvajiem aktiem, ir atbildīgas par sadarbību šī Līguma ietvaros. Tās paziņo viena otrai turpmākās izmaiņas iestāžu atbildības jomā vai šo iestāžu nosaukumos.
- (2) Informācijas apmaiņa starp Līgumslēdzējām Pusēm Starptautiskās Kriminālpolicijas Organizācijas – Interpol – ietvaros var tikt papildināta ar tiešiem kontaktiem starp atbildīgajiem specializētajiem dienestiem.
- (3) Sadarbības īstenošana starp Līgumslēdzējām Pusēm var tikt veikta arī ar sakaru virsnieka palīdzību. Sakaru virsnieks veic informatīvas un konsultējošas darbības un viņam nav nekādu izpildvaras tiesību. Sakaru virsnieka uzdevumus nosaka atbildīgās iestādes atbilstoši nacionālajiem normatīvajiem aktiem.

4.pants **Īpašas sadarbības formas terorisma apkarošanā**

1.panta otrās daļas otrā punkta noteiktajā sadarbības jomā Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes galvenokārt apmainīsies ar informāciju un

izmeklēšanas rezultātiem par plānotiem un īstenotiem terora aktiem, par noziedznieku darbības metodēm un izmantotiem tehniskiem līdzekļiem, par teroristiskām apvienībām, kuras plāno vai veic noziedzīgus nodarījums pret kādas Līgumslēdzējas Puses būtiskām valsts interesēm.

5.pants

Īpašas sadarbības formas nelegālās migrācijas apkarošanā

1.panta otrās daļas trešā punkta noteiktajā sadarbības jomā Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes galvenokārt apmainīsies ar informāciju par organizētās nelegālās migrācijas metodēm un ceļiem un sniegs informāciju, kas dod iespēju kontrolēt ceļošanas dokumentu un vīzu derīgumu, kā arī apmainīsies ar ceļošanas dokumentu un vīzu paraugem.

6.pants

Īpašas sadarbības formas ar narkotiskajām vielām saistītās noziedzības apkarošanā

1.panta otrās daļas devītā punkta noteiktajā sadarbības jomā Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes galvenokārt apmainīsies ar informāciju par narkotisko vielu, psihotropo vielu un to izejvielu nelegālas izgatavošanas un uzglabāšanas vietām un metodēm, par izmantotajiem transportēšanas līdzekļiem un piegādes gala punktiem. Tās nodos viena otras rīcībā narkotisko vielu, psihotropo vielu un to izejvielu paraugus.

7.pants

Personu datu aizsardzība

Savstarpēja apmaiņa ar personu datiem starp Līgumslēdzēju Pušu atbildīgajām iestādēm notiek, ievērojot datus sniedzošās iestādes nosacījumus un sekojošus pamatprincipus, kas vienādi piemērojami gan automatizēti, gan neautomatizēti apstrādātiem datiem:

1. Nodotie dati bez datus sniedzošās iestādes piekrišanas nedrīkst tikt izmantoti jebkādam citam mērķim, kā tikai tam, kuram tie tika nodoti;
2. Nodotie dati ir dzēšami vai labojami, tiklīdz:
 - a) radusies neprecizitāte datos vai

- b) datus sniedzošā iestāde paziņo, ka dati tikuši sniegti vai nodoti tālāk prettiesiski, vai
 - c) dati vairs nav nepieciešami noteiktu dienesta uzdevumu pildīšanai, izņemot tos gadījumus, kad tiek dota īpaša pilnvara nodotos datus izmantot citiem mērķiem;
3. Pēc datus sniedzošās atbildīgās iestādes pieprasījuma, datus saņēmusī iestāde sniedz izziņu par saņemto datu izmantošanu;
 4. Datus sniedzošā atbildīgā iestāde nodrošina nododamo datu pareizību un aktualitāti. Ja izrādās, ka ir tikuši nodoti nepareizi dati vai dati, kurus nedrīkstēja nodot, vai dati, kas nodoti atbilstoši datus sniedzošās iestādes valsts normatīvajiem aktiem, bet, kas vēlāk ir dzēšami, datus saņēmusī iestāde par to tiek nekavējoši informēta, lai tā varētu veikt nepieciešamo datu dzēšanu vai labošanu saskaņā ar otro punktu;
 5. Ja datus saņemošajai iestādei ir pamats pieņēmumam, ka nodotie dati nav pareizi vai ir dzēšami, tā nekavējoši ziņo par to datus sniedzošajai iestādei;
 6. Datus saņemošajai iestādei ir pienākums sargāt saņemtos datus no nesankcionētas pieejas, nesankcionētām izmaiņām un nesankcionētas izpaušanas;
 7. Datus sniedzošai un datus saņemošai iestādei ir pienākums datu nodošanu un pieņemšanu reģistrēt lietvedībā vai protokolēt;
 8. Personām, uz kurām attiecas dati, saskaņā ar attiecīgajām valsts iekšējām tiesību normām, ir tiesības uz izziņām par šī Līguma ietvaros nodotajiem datiem, kas attiecas uz personu, kā arī uz šo datu labošanu vai dzēšanu otrajā apakšpunktā paredzētajos gadījumos vai uz šo datu pārbaudi. Gadījumā, ja tiek pieprasīta šo tiesību īstenošana, iestāde, kuras rīcībā dati ir nodoti, dod iespēju datus sniegušajai iestādei izteikt savu viedokli, pirms tiek pieņemts lēmums attiecībā uz pieprasījumu.

8.pants **Konsultācijas**

Līgumslēdzēju Pušu atbildīgās iestādes vajadzības gadījumā var sniegt konsultācijas, lai apspriestu šī Līguma īstenošanas pasākumus.

9.pants

Izņēmumu regulēšana

Ja viena no Līgumslēdzējām Pusēm uzskata, ka pieprasījuma apmierināšana vai kāds cits sadarbības veids ir vērsts uz to, lai ietekmētu tās valstisko suverenitāti, apdraud tās drošību vai citas būtiskas intereses vai pārkāpj tās tiesiskās kārtības pamatprincipus, tā var pilnīgi vai daļēji atteikties no sadarbības vai izveidot sadarbības īstenošanu atkarīgu no zināmiem nosacījumiem.

10.pants

Attiecības pret citām saistībām

Šī Līguma nosacījumi neskar Līgumslēdzēju Pušu pienākumus, ko nosaka divpusēji vai daudzpusēji starptautiski līgumi.

11.pants

Līguma skaidrošana

- (1) Domstarpības par šī Līguma skaidrošanu vai piemērošanu jāizšķir Līgumslēdzēju Pušu atbildīgo iestāžu tiešās sarunās.
- (2) Ja sarunu ceļā, atbilstoši pirmajai daļai, nav panākta vienošanās, jautājums par lēmuma pieņemšanu izšķirams diplomātiskā ceļā.

12.pants

Līguma stāšanās spēkā un denonsēšana

- (1) Šis Līgums stājas spēkā ar trešā mēneša pirmo datumu pēc tā parakstīšanas brīža.
- (2) Šis Līgums tiek noslēgts uz nenoteiktu laiku. Tas paliek spēkā, kamēr viena vai abas Līgumslēdzējas Puses to denonsē rakstiski diplomātiskā ceļā, ievērojot sešu mēnešu iepriekšēja brīdinājuma termiņu.

- (3) Ar šī Līguma spēkā stāšanos tiek atcelta 1997.gada 16.jūlija Austrijas Republikas Federālās Iekšlietu ministrijas un Latvijas Republikas Iekšlietu ministrijas Vienošanās par sadarbību starptautiskās organizētās noziedzības, starptautiskās nelegālās narkotiku tirdzniecības un starptautiskā terorisma apkarošanā.

Parakstīts Rīga, 2004.gada 20. janvārī. divos eksemplāros, vācu un latviešu valodās, kur abi teksti ir vienādi autentiski.

**Austrijas Federālās
valdības vārdā:**

Strasser

**Latvijas Republikas
valdības vārdā:**

Gulbis